

Nur eine große Luftnummer

FEINSTAUB Dicke Luft in Städten, doch die Regierung mache dreckige Autos billiger, warnen Umweltschützer. Denn: Diesel werden von Strafsteuer befreit, Rußfilter nicht gefördert

AUS BERLIN HANNA GERSMANN

„Umweltschützer warnen: Norbert Röttgen gefährdet Ihre Gesundheit!“ – das ist in Kürze die Antiwerbung für den Bundesumweltminister, die führende Umwelt- und Verkehrsverbände am Dienstag verbreitet haben. Ihre Analyse nach gut einem Jahr schwarz-gelber Regierung: Die Republik verstaubt. Das macht krank wie Passivraucher. Und die Kommunen werden dafür zahlen müssen. Es ist das erste Mal, dass die Deutsche

Wegen zu viel Feinstaub drohen Deutschland Strafen von bis zu 50.000 Euro täglich

Umwelthilfe (DUH), der Naturschutzbund (Nabu), der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der ökologisch orientierte Verkehrsclub Deutschland (VCD) den CDU-Politiker, in den sie zunächst hohe Erwartungen setzten, gemeinsam so rigoros kritisieren.

Der Minister wickle die Luftreinhaltepolitik ab, erklärte Jürgen Resch von der DUH. Jeder von Röttgens Vorgängern, darunter Klaus Töpfer oder Angela Merkel (beide CDU), habe „Impulse gegeben“ – der derzeitige Chef im Umweltressort nicht.

Der Hintergrund: In rund 25 Städten wurden in diesem Jahr schon an mehr als 35 Tagen Feinstaubbelastungen gemessen, die über dem von der EU vorgegebenen Limit lagen, in München an der Landshuter Allee zum Beispiel, aber auch in Stuttgart am Neckartor oder in Kiel an der Bahnhofstraße. 35 Tage – das ist die kritische Zahl, häufigere Überschreitungen sind nach Vorgaben der EU nicht erlaubt.

Denn die kleinen Partikel können Lungenkrebs, Asthma oder Herz-Kreislauf-Schwächen auslösen, sagt der Nabu-Verkehrsex-



Wird noch lange Feinstaub-Alarm auslösen: Messstation in Berlin f.: image

perte Dietmar Oeliger – „das ist vergleichbar mit Gefahren durch Tabakkonsum“. Die Limits gelten schon seit 2005, doch die Städte und Gemeinden haben das Problem nicht im Griff. Die EU hat darum immer wieder Übergangsfristen gewährt, zum Juni 2011 laufen diese nun aber endgültig aus. Dann drohen Deutschland Strafen – das können täglich 50.000 Euro sein. Die Bundesregierung hat bereits erklärt, diese durchzureichen an

die ohnehin schon klammen Kommunen.

Röttgen lasse Städte und Gemeinden im Stich, meint Werner Reh vom BUND. Zunächst seien zwar die Politiker vor Ort dran. In 42 Städten gibt es bereits Umweltzonen. Dort dürfen nur Autos und Lkw mit einer modernen Abgasreinigung fahren – von Ausnahmen für Oldtimerbesitzer oder Warenlieferanten abgesehen. Diesel, aus deren Auspuff das Gros der Feinstäube stammt,

werden damit verbannt. Nur: Es reicht nicht, meint Reh.

Städte werden ihre Umweltzonen verschärfen, andere sie jetzt einrichten müssen. Im Osten gibt es beispielsweise nur in Berlin eine Umweltzone. In Leipzig kommt sie Anfang des Jahres. Doch in Halle, Magdeburg oder Dresden – Fehlzanzeige. Die Politiker streiten noch.

Sie könnten sich leichter tun, wenn der Bund die Autofahrer anspornen würde, alte Dieselmotoren mit einem Filter nachzurüsten. Dann würde nicht so

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) lässt Städte und Gemeinden im Stich

WERNER REH, BUND

viele Leute ein Fahrverbot in der Umweltzone treffen und die Politiker müssten weniger Angst haben, ihre Wähler zu vergrätzen. Doch Röttgen will die bisherige 330-Euro-Nachrüstpumpe pro Filter im nächsten Jahr nicht weiterführen.

Am Geld liege es nicht, aber am Willen, meint Gerd Lottsiepen vom VCD. Seit 2007 zahlen Besitzer von Diesel ohne Filter einen Aufschlag auf die Kfz-Steuer, 1,20 Euro pro 100 Kubikzentimeter. Davon stehe allein im Jahr 2010 Geld zur Förderung von 160.000 Filtern zur Verfügung. Ab April 2011 soll die Strafsteuer jedoch wegfallen.

Und weil die Koalition auch die zum Januar geplante Mauterhöhung für Lkw der Schadstoffklasse Euro III aussetzt, resümiert Umweltschützer Resch: „Dreckige Fahrzeuge werden billiger.“ Röttgen wehre sich nicht, Umweltpolitik finde nicht statt.

Der CDU-Politiker wies alle Vorwürfe als „völlig unbegründet“ zurück. Zum Beispiel werbe das Ministerium „derzeit offensiv“ dafür, die Dieselfilter-Förderung noch bis Ende des Jahres in Anspruch zu nehmen.

Castorgegner kritisieren „Zensur“ bei Facebook

AKW Aktivisten sagen, die Firma habe Verwaltungsrechte für Seite gegen Atomtransport entzogen

BERLIN taz | Die Anti-Atomkraft-Kampagne „Castor Schottern“ wirft dem Online-Netzwerk facebook „Zensur“ vor. Das US-Unternehmen habe den Aktivisten die Moderationsrechte ihrer Facebookseite entzogen, sagte Christoph Kleine von „Castor Schottern“. Beim „Schottern“ soll durch massenhaftes Entfernen von Schottersteinen aus Eisenbahngleisbetten der Transport von Atommüll in Behältern des Typs Castor Anfang November verhindert werden.

„Seit ungefähr 36 Stunden funktionieren unsere Administratorenpasswörter bei Facebook nicht mehr“, erklärte Kleine am Dienstag. Zudem seien auf der Seite geschriebene Beiträge verschwunden.

Eine Stellungnahme des Unternehmens lag zunächst nicht vor. Facebook.com verweist Presseanfragen auf einen Telefonanschluss in den USA. Dort ist nur eine Bandansage zu hören, die dazu auffordert, Anfragen per Mail zu formulieren. Eine Mail-

anfrage der taz beantwortete facebook bis Redaktionsschluss nicht.

Unterdessen wächst die Unterstützung für „Castor Schottern“ weiter. Nachdem die Staatsanwaltschaft Lüneburg am Freitag angekündigt hatte, Ermittlungsverfahren gegen Unterstützer der Kampagne einzuleiten, haben weitere 200 Personen die Online-Erklärung von „Castor Schottern“ unterschrieben. Zudem zeigten sich zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen in einer gemeinsamen Erklärung mit „Castor Schottern“ solidarisch. Darunter sind auch die Grünen-Bundestagsabgeordneten Astrid Rothe-Beinlich, Hermann E. Ott und Sven-Christian Kindler.

Die Kampagne „Castor Schottern“ zeigt sich über die wachsende Unterstützung erfreut. Der offene Einschüchterungsversuch der Staatsanwaltschaft sei damit gescheitert, sagt Sonja Schubert, Sprecherin der Kampagne.

FELIX DACHSEL

Neue Regeln für Defizitsünder

EUROLÄNDER Finanzminister: Sanktionen wegen zu hoher Staatsverschuldung nur nach Abstimmung

LUXEMBURG dapt/dpa | Die Finanzminister der Euroländer haben sich auf neue Regeln im Umgang mit Defizitsündern verständigt. Bei einem Treffen in Luxemburg einigten sich die 16 Ressortchefs am späten Montagabend darauf, Verstöße gegen den Euro-Stabilitätspakt zu ahnden, wenn eine Mehrheit der Euroländer in einer Abstimmung einen Verstoß gegen das Abkommen festgestellt hat. Die Vereinbarung ist damit weniger streng als von der EU-Kommission angestrebt. Sie war für einen weitgehend automatisierten Mechanismus gegen eine unzulässig hohe Staatsverschuldung eingetreten. Gegen diesen Automatis-

mus hatte sich Frankreich gewandt und in letzter Minute Rückendeckung von Deutschland erhalten.

Auch auf die Regulierung von hochspekulativen Hedgefonds einigten sich die Minister. Fondsmanager müssen sich erstmals registrieren lassen und Risiken sowie Anlagestrategien offenlegen, berichteten Diplomaten am Dienstag. Frankreich und Großbritannien hatten lange gebremst. Dabei ging es darum, wie mit Fonds und Managern umgegangen werden soll, die beispielsweise in den USA oder der Karibik beheimatet sind. Das EU-Parlament muss dem Kompromiss noch zustimmen.

ANZEIGE

Sie sind Öl-Scheich und spielen mit dem Gedanken, sich beruflich zu verändern?

Der zenith-BranchenReport 2010

Wasserwirtschaft und Umwelttechnik

für den Nahen Osten und Nordafrika



Deutscher Levante Verlag GmbH
Liniestraße 106, 10115 Berlin
bezug@zenithonline.de
www.zenithonline.de